

Gemeinsame Pressemitteilung von CDU, ALW-GRÜNE und FDP

Weiterstadt, 14. Oktober 2026

Kinderbetreuung in Weiterstadt

Gebühren gerechter gestalten und Betreuungsangebote verbessern

CDU, ALW-GRÜNE und FDP wollen Familien entlasten, längere Kita-Öffnungszeiten ermöglichen und die Schulkindbetreuung zukunftsfähig aufstellen.

Wer in Weiterstadt Kinder hat und auf Betreuung angewiesen ist, merkt schnell: Je nach Alter des Kindes unterscheiden sich nicht nur die Betreuungszeiten, sondern auch die Kosten zum Teil erheblich. Besonders deutlich wird das bei den Elternbeiträgen. Während für einen längeren Kindergartenbesuch in der Regel rund 190 Euro monatlich anfallen und die Schulkindbetreuung bis 14:30 Uhr derzeit kostenlos ist, müssen Eltern für einen Ganztagsplatz in der Krippe mehr als 600 Euro bezahlen.

Für Kinder ab drei Jahren übernimmt das Land die Kosten für sechs Betreuungsstunden täglich. Bei den unter Dreijährigen gibt es eine solche allgemeine Beitragsfreistellung nicht. Die finanzielle Belastung trifft damit ausgerechnet die Familien mit den jüngsten Kindern besonders stark.

Die Kooperation aus CDU, ALW-GRÜNE und FDP möchte das ändern und hat dazu erste Schritte auf den Weg gebracht.

Krippengebühren sollen 2027 nicht weiter steigen

Unsere Nachbarstadt Griesheim hat beispielsweise die Krippengebühren im August 2026 um 100 Euro monatlich gesenkt. Auch in Weiterstadt sehen wir Handlungsbedarf. Auf Antrag der Kooperation hat die Stadtverordnetenversammlung im September einstimmig beschlossen, die für 2027 vorgesehene automatische Gebührenerhöhung für Krippenplätze auszusetzen.

„Wer für einen Krippenplatz schon heute über 600 Euro im Monat bezahlt, sollte im kommenden Jahr nicht automatisch noch mehr bezahlen müssen. Gerade für junge Familien ist das eine erhebliche Belastung. Deshalb wollen wir hier zunächst einmal weitere Kostensteigerungen verhindern“, erklärt die CDU-Fraktionsvorsitzende Ina Dürr.

Langfristig wollen die drei Fraktionen die Elternbeiträge über alle Altersgruppen hinweg betrachten. Dabei geht es nicht darum, die Belastung einfach von einer Gruppe auf die andere zu verlagern, sondern um eine insgesamt gerechtere Gebührenstruktur.

Längere Kita-Öffnungszeiten

Neben den Gebühren sind auch die Betreuungszeiten ein Thema. In Weiterstadt schließen die Kindertagesstätten derzeit grundsätzlich um 16:00 Uhr. Für viele Familien ist das schwierig. Wer bis zum Nachmittag arbeitet und anschließend noch einen Arbeitsweg vor sich hat, kommt mit diesen Zeiten oft nicht zurecht.

Deshalb hat die Kooperation bereits einen Antrag auf den Weg gebracht, durch den an bis zu drei Kindertagesstätten, möglichst in Braunshardt, Gräfenhausen und Weiterstadt, die Betreuung montags bis donnerstags bis 17:00 Uhr und freitags bis 16:00 Uhr wieder angeboten werden soll.

Nicht jede Einrichtung muss dafür länger öffnen. Vielmehr sollen die zusätzlichen Betreuungsstunden dort angeboten werden, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Ähnliche Modelle gibt es bereits in anderen Kommunen der Region.

„Wir wissen, dass die verkürzten Öffnungszeiten für einige Eltern ein echtes Problem darstellen. Gleichzeitig können und wollen wir zum einen angesichts des Personalmangels nicht in allen Einrichtungen wieder eine Betreuung bis 17:00 Uhr anbieten, zum anderen benötigen viele Familien auch

die die langen Betreuungszeiten nicht. Deshalb wollen wir die längeren Öffnungszeiten nur an ausgewählten Standorten ermöglichen. Das wäre für viele Familien eine spürbare Verbesserung“, sagt die Fraktionsvorsitzende von ALW-GRÜNE, Dr. Barbara Pohl.

Die Kooperation strebt an, die längeren Öffnungszeiten möglichst schon 2027 schrittweise einzuführen. Dafür wird zusätzliches Fachpersonal benötigt, das bei den Haushaltsberatungen für 2027 berücksichtigt werden muss.

Schulkindbetreuung: Warum wir über einen Trägerwechsel sprechen müssen

Auch bei der Betreuung der Grundschulkinder stehen Veränderungen im Raum. Aktuell organisiert die Stadt Weiterstadt die Betreuung an mehreren Grundschulen. Das ist historisch gewachsen und hatte durchaus seine Gründe.

Als 2015 der damalige „Pakt für den Nachmittag“ in Hessen eingeführt wurde, gehörte die Schlossschule in Gräfenhausen zu den ersten Pilotschulen. Damals gab es im Landkreis noch nicht die Betreuungsstrukturen, die wir heute kennen. Die Stadt Weiterstadt hat deshalb Verantwortung übernommen und eigene Angebote aufgebaut.

Inzwischen hat sich allerdings einiges verändert. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat mit seiner Betreuung DaDi gGmbH eine eigene Organisation geschaffen, die bereits an über 30 Schulen die Ganztagsbetreuung übernimmt. Dort gibt es mittlerweile viel Erfahrung mit der Organisation, dem Personal und der Weiterentwicklung solcher Angebote.

Gleichzeitig wird seit dem Schuljahr 2026/27 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder schrittweise eingeführt. Auch deshalb stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, dass Weiterstadt dauerhaft eigene Strukturen vorhält, während der Landkreis als Schulträger und zuständiger Jugendhilfeträger vergleichbare Aufgaben bereits an fast allen Schulen organisiert.

Hinzu kommt die finanzielle Situation der Stadt. Für die Schulkindbetreuung entsteht Weiterstadt derzeit ein jährlicher Aufwand von mindestens 720.000 Euro. Das ist viel Geld, gerade angesichts der angespannten Haushaltslage. Wie viel davon bei einem Trägerwechsel tatsächlich eingespart werden könnte, muss allerdings erst genau geprüft werden.

„Wir haben im Landkreis inzwischen Strukturen, die es in dieser Form vor zehn Jahren noch gar nicht gab. Daher ist es sinnvoll, sich anzuschauen, ob wir diese auch in Weiterstadt nutzen können. Am Ende muss weiterhin die Qualität der Betreuung stimmen“, erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende Sascha Groß.

Bewährte Strukturen sollen nicht einfach verschwinden

Der Kooperation ist dabei bewusst, dass die Grundschulkindbetreuung in Weiterstadt über viele Jahre gewachsen ist. An den Schulen gibt es eingespielte Teams, vertraute Ansprechpartner für die Kinder und eine enge Zusammenarbeit zwischen Betreuungskräften, Lehrkräften und Eltern. Diese Strukturen haben einen Wert, den man nicht einfach in Euro beziffern kann.

Deshalb soll ein möglicher Trägerwechsel nicht bedeuten, dass alles, was bisher funktioniert hat, über Bord geworfen wird.

Es muss vielmehr geprüft werden, wie die bisherigen Beschäftigten weiterbeschäftigt oder vom neuen Träger übernommen werden können und welche bewährten pädagogischen Konzepte sich fortführen lassen. Auch die Zusammenarbeit vor Ort soll möglichst erhalten bleiben. Die Ferienbetreuung bis einschließlich der achten Klasse soll nach dem Willen der Kooperation mindestens im bisherigen Umfang bestehen bleiben.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die möglichen Auswirkungen auf die Elternbeiträge. Bei einer Übernahme der Betreuung durch den Landkreis könnten künftig auch für das bisher kostenlose Grundangebot bis 14:30 Uhr Elternbeiträge anfallen. Das wäre für viele Familien eine zusätzliche Belastung. Deshalb sollen im Rahmen der Prüfung auch Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung und geeignete Härtefallregelungen untersucht werden.

„Wir verstehen, dass ein möglicher Trägerwechsel bei Eltern und Beschäftigten Fragen und Sorgen auslöst. Schließlich geht es um die Betreuung ihrer Kinder bzw. um ihren Arbeitsplatz. Genau deshalb wollen wir uns die Auswirkungen sorgfältig anschauen, bevor eine Entscheidung fällt. Was gut funktioniert, sollte nach Möglichkeit auch erhalten bleiben“, so die drei Fraktionen.

CDU-Fraktion Weiterstadt
Ina Dürr MdL
Niebergallstraße 19
64331 Weiterstadt
info@cdu-weiterstadt.de

Fraktion ALW-GRÜNE Weiterstadt
Dr. Barbara Pohl
Luise-Büchner-Straße 14
64331 Weiterstadt
barbara.drpohl@outlook.de

FDP-Fraktion Weiterstadt
Sascha Groß
Gräfenhäuser Straße 14
64331 Weiterstadt
sascha.gross@fdp-weiterstadt.de

Der Antrag der Kooperation wurde im September zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen. Eine Entscheidung über den Trägerwechsel ist noch nicht gefallen. Als möglicher Zeitpunkt steht das Schuljahr 2027/28 oder 2028/29 im Raum.

Bis dahin müssen die Kosten, die personellen Auswirkungen und die Unterschiede zwischen dem heutigen Angebot und einer Betreuung durch den Landkreis geklärt werden. Auch die Schulleitungen, Elternvertretungen, Beschäftigten und der Bildungsbeirat sollen in die weiteren Gespräche einbezogen werden.

Gute Betreuung muss auch in Zukunft möglich sein

Für CDU, ALW-GRÜNE und FDP ist klar, dass die Kinderbetreuung nicht isoliert für einzelne Altersgruppen betrachtet werden sollte. Eltern mit Krippenkindern brauchen bezahlbare Plätze. Kindergarteneltern benötigen Öffnungszeiten, die sich mit dem Beruf vereinbaren lassen und für Grundschulkinder ist eine verlässliche Betreuung wichtig, bei der sich Kinder und Eltern gut aufgehoben fühlen.

Die Kooperation möchte die Kinderbetreuung in Weiterstadt deshalb Schritt für Schritt verbessern und dabei auch bisherige Regelungen hinterfragen. Nicht jede Veränderung ist automatisch eine Verschlechterung. Entscheidend ist, dass am Ende gute und verlässliche Angebote für die Familien in Weiterstadt stehen.